



## VERGABEUNTERLAGEN

011-25-E16

Unterhaltsreinigung Heidelberg

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb (EU)  
(Sektorenverordnung)

Teilnahmewettbewerb (Korrektur 2)

AUFTRAGGEBER

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Möhlstraße 27, 68165 Mannheim, Deutschland

---

19.02.2025

# Inhaltsverzeichnis

Teilnahmeunterlagen.....	1
Veröffentlichungstexte Teilnahmewettbewerb.....	1
.....	3
Verfahrensbrief.....	3
011-25-E16_Verfahrensbrief_Angebotsaufforderung .....	3
011-25-E16 RNV_Datenschutzinformation .....	13
Formulare Teilnahmewettbewerb.....	19
B.I.1. - Bewerbungsgemeinschaftserklärung .....	19
B.II.1. - Allgemeine Angaben zum Unternehmen .....	26
B.IV.1. - Eigenerklärung Ausschlussgründe.....	27
B.IX.1. -Verpflichtungserklärung qualifizierten NU .....	32
LTMG - Baden-Württemberg.....	34
Merkblatt über die Abgabe der Verpflichtungserklärung .....	34
Verpflichtungserklärung für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst .	43
Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt .....	45
Besondere Vertragsbedingungen.....	47
Russland-Sanktionen .....	51
RS_EU_Sanktion_bmwsb_eigenerklaerung .....	51
Rundschreiben_2022-04-14_BWI7_70904_21_Sanktionen .....	53
I. EU-Sanktionen gegen Russland .....	53
II. Verbot der Auftragsvergabe .....	53
III. Fortführung bestehender Verträge .....	54
IV. Ausnahmen.....	54
V. Zuwendungsbau .....	55
VI. Inkrafttreten.....	55
Eignungskriterien.....	56
Anlagen .....	78

## INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG



Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

## INFORMATIONEN

### ALLGEMEIN

Auftragsnummer	011-25-E16
Maßnahme	
Auftragsbezeichnung	Unterhaltsreinigung Heidelberg
Auftragsbeschreibung	Unterhaltsreinigung der Gebäude auf dem Betriebshof Heidelberg (Verwaltungsgebäude, Werkstätten) sowie Sozialräumen und Fahrerpausenräumen. Sonderreinigung und Glasreinigung im Betriebshof Heidelberg

### VERFAHREN

Auftraggeber	Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Weitere Auftraggeber	
Auftraggebertyp	
Liefer-/Ausführungsort	69115 Heidelberg
Leistungsart	Dienstleistung
Vergabeart	Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb (EU) (Sektorenverordnung)

### VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein				
Art der losweisen Vergabe					
Höchstzahl der Lose pro Angebot					
Zuschlagskriterium	Wirtschaftlichstes Angebot Berechnungsmethode: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung Gewichtung: 60%: 40%				
Klassifizierungen	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>90910000-9</td><td>Reinigungsdienste</td></tr> </tbody> </table>	Code	Bezeichnung	90910000-9	Reinigungsdienste
Code	Bezeichnung				
90910000-9	Reinigungsdienste				

### ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	<a href="http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_rd_off">http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_rd_off</a>
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

### SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	Rahmenvertrag
-------------	---------------

## TERMINE

### ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

### BEKANNTMACHUNG

Vorinformation	
Bekanntmachung	07.02.2025

### ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Angebotsfrist	
Frist Bieterfragen	28.02.2025 11:00
Eröffnungstermin	
Bindefrist	
Versand Vorabinformation	

### AUFTRAGSDAUER

Beginn	01.08.2025
Ende	31.01.2026
Anmerkungen	Für die rnv besteht darüber hinaus zweimal die Möglichkeit einer Verlängerung um jeweils 1 Jahr

## ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter [http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards\\_off](http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_off) mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

## BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens 28.02.2025 11:00 Uhr eingegangen sein.

Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert.

Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden. Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: [http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards\\_off](http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_off)  
Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

**Hinweis:** Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

## Verfahrensbrief

### 1 Übersicht

#### 1.1 Ziel Verfahrensbrief

Mit diesem Verfahrensbrief möchte die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH („rnv“ oder „Auftraggeber“) den Ablauf des Verfahrens über die Beauftragung der Unterhaltsreinigung darstellen.

#### 1.2 Verfahrensablauf

- ☐ offenes Verfahren
- ☐ nicht offenes Verfahren
- ☒ Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
- ☐ Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb
- ☐ Wettbewerblicher Dialog
- ☐ öffentliche Ausschreibung

#### 1.3 Zeitplan

Der vorläufige Terminplan für das weitere Vergabeverfahren sieht wie folgt aus:

Termin	Verfahrensschritt
07.02.2025	Auftragsbekanntmachung
28.02.2025- 11:00 Uhr	Frist für Bewerberfragen
10.03.2025 – 11:00 Uhr	Frist zur Einreichung von Teilnahmeanträgen
KW 10/ KW 11	Voraussichtliche Versendung der Angebotsaufforderungen
KW 15 / KW 16	Voraussichtliche Termine zur Ortsbesichtigung
03.05.2025	Voraussichtliche Angebotsfrist
KW 23/ KW 24	Vorraussichtliche Verhandlungstermine
01.08.2025	Vertragsbeginn

Die rnv behält sich Terminänderungen ausdrücklich vor. Der Zeitplan ist nur indikativ.

## 1.4 Anwendbares Recht

Das Vergabeverfahren wird als Verhandlungsverfahren ohne vorherigen Teilnahmewettbewerb nach der Sektorenverordnung (SektVO) und dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) durchgeführt.

## 1.5 Vergabegegenstand

Vergabegegenstand ist die Unterhaltsreinigung der Gebäude auf dem Betriebshof Heidelberg (Verwaltungsgebäude, Werkstätten) sowie Sozialräumen und Fahrerpausenräumen.

Die geplante Vertragslaufzeit läuft vom 01.08.2025 bis 31.01.2026. Für die rnv besteht darüber hinaus zweimal die Möglichkeit einer Verlängerung des Vertrages um jeweils 12 Monate.

## 2 Verfahrensbedingungen

### 2.1 Kommunikation im Vergabeverfahren

Die Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe ([https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_Off](https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off)). Jeder Bieter ist verpflichtet, sich über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe ([https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_Off](https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off)) regelmäßig und selbstständig über zur Verfügung gestellte, geänderte oder zusätzliche Dokumente und Beantwortungen von Bieterfragen zu informieren.

Angebote sind ausschließlich in Textform mithilfe elektronischer Mittel nach § 126 b BGB über die Vergabeplattform der rnv unter Deutsche eVergabe ([https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_Off](https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off)) einzureichen.

Bitte beachten Sie, dass die Abgabe von Angeboten ausschließlich über die dafür vorgesehenen Funktionen auf der Vergabeplattform erfolgen muss. Eine Übermittlung mittels Bieternachricht führt zum Ausschluss.

Änderungen an den vorformulierten Texten der Vergabeunterlagen sind unzulässig und können zum Ausschluss vom weiteren Vergabeverfahren führen. Etwaige Änderungen an den Eintragungen des Bieters müssen zweifelsfrei und dokumentenecht sein.

### 2.2 Vertraulichkeit

#### 2.2.1 Verwendung der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen dürfen nur zur Erstellung des Angebots und zur Erfüllung des evtl. folgenden Auftrags verwendet werden und sind vertraulich zu behandeln. Jede Verwendung für andere Zwecke, jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder Weitergabe an Dritte ist ohne die ausdrückliche Zustimmung der rnv untersagt.

### 2.2.2 Verschwiegenheit

Jeder Bieter hat - auch nach Beendigung des Vergabeverfahrens - über die ihm dabei bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Er hat hierzu auch die mit der Sache befassten Mitarbeiter zu verpflichten.

## 2.3 Angebote

### 2.3.1. Hinweispflicht der Bieter und Fragefrist

Enthalten die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen Unklarheiten, Widersprüche oder verstoßen diese nach Auffassung des Bieters gegen geltendes Recht, so hat der Bieter die rnv unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen.

Fragen zu den übersandten Unterlagen sind unverzüglich, spätestens aber bis zum

28.02.2025- 11:00 Uhr

über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe ([https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_Off](https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off)) zu stellen.

Die Beantwortung von Fragen der Bieter und sonstige verfahrensrelevante Informationen erfolgen grundsätzlich über die Vergabeplattform Deutsche eVergabe ([https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_Off](https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off)).

Die Bieter sind aufgefordert, keine Informationen bei anderen Vertretern der rnv, deren Mitarbeitern oder Mitarbeitern von Drittfirmen oder Beratern einzuholen. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann zum Ausschluss des Bieters führen.

### 2.3.2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkung

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden grundsätzlich vom Verfahren ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

Der Geheimwettbewerb ist in jeder Phase des Vergabeverfahrens zu gewährleisten. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass Mehrfachbeteiligungen am Vergabeverfahren zur Verletzung des Geheimwettbewerbs und damit zum Angebotsausschluss führen können.

Der Auftraggeber weist ferner darauf hin, dass die Bildung von Bietergemeinschaften nach § 1 GWB zu verbotenen Einschränkungen oder Verfälschungen des Wettbewerbs führen kann.

### 2.3.3 Form und Frist Einreichung Teilnahmeanträge

Die Teilnahmeanträge sind in deutscher Sprache abzufassen. Sie sind in Textform mithilfe elektronischer Mittel nach § 126 b BGB über die Vergabeplattform der rnv unter Deutsche eVergabe ([https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_Off](https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_Off)) bis zum 10.03.2025 – 11:00 Uhr, über deren Teilnahme die Bieter jeweils per Bieternachricht informiert wurden, einzureichen.

Verspätet eingegangene Teilnahmeanträge werden nicht berücksichtigt. Das Recht zur Nachforderung bei unvollständigen Teilnahmeanträgen bleibt davon unberührt. Ausgenommen werden explizit die einzureichenden Referenzen, da diese neben der Verifizierung der Eignung auch zur Wertung hinsichtlich der Mehreignung herangezogen werden.

In den späteren Stadien des Verfahrens, behält sich der Auftraggeber nach § 15 Abs. 4 SektVO vor, den Zuschlag auf die Erstangebote zu erteilen. Demnach sind die Erstangebote nicht als indikative Angebote sondern als verbindliche Angebote zu kalkulieren.

Hinweis: Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage dieser Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen.

### **2.3.4 Bewerber- / Bietergemeinschaften (Änderungen in der Zusammensetzung)**

Im Falle der Bewerbung durch eine Bewerbergemeinschaft muss jedes Bewerbergemeinschaftsmitglied eine unterschriebene Bewerbergemeinschaftserklärung mit dem Teilnahmeantrag einreichen (Formblatt B.I.1.)

Eine Veränderung der Zusammensetzung der Bewerber-/Bietergemeinschaft ist grundsätzlich unzulässig.

### **2.3.5 Unterauftragnehmer/Eignungsleihe**

Sofern der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des anderen Unternehmens in Anspruch nehmen will (Formblatt B.I.X). Entsprechende Nachweise sind für das andere Unternehmen in dem Umfang vorzulegen, wie sie für den Bewerber vorzulegen wären.

Sofern der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des anderen Unternehmens in Anspruch nehmen will (Formblatt B.I.X). Entsprechende Nachweise sind für das andere Unternehmen in dem Umfang vorzulegen, wie sie für den Bewerber vorzulegen wären.

Außerdem muss der Bewerber durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden (Formblatt B.IX.1) Im Rahmen der Eignungsprüfung wird der Auftraggeber prüfen, ob das Unternehmen, dessen Kapazitäten der Bewerber für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Kriterien erfüllt und ob Ausschlussgründe, insbesondere zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB oder fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB, vorliegen. Hierfür muss der Bewerber durch das Unternehmen Formblatt B.IV.1 ausfüllen lassen und mit dem Teilnahmeantrag einreichen. Sofern ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB bei dem vom Bewerber benannten Unternehmen vorliegt oder das Unternehmen das entsprechende Eignungskriterium, für das es benannt wurde, nicht erfüllt, wird der Auftraggeber dem Bewerber gemäß § 47 Abs. 2 SektVO vorschreiben, das Unternehmen zu ersetzen. Sofern ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vorliegt, wird der Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen entscheiden, ob der Bewerber das Unternehmen ersetzen muss. Für die Aufforderung zur Ersetzung eines benannten Unternehmens wird die rnv den Bewerbern eine Frist setzen. Im Übrigen ist der Austausch eines einmal benannten anderen Unternehmens zu einem späteren Zeitpunkt

grundsätzlich unzulässig. Nachunternehmer, die der Bewerber für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

### **2.3.6 Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge**

Die Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge erfolgt nach den einschlägigen Vorschriften der Sektorenverordnung (SektVO) und des GWB]. Der Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge wird folgendes System zugrunde gelegt: Der Auftraggeber wird die fristgerecht eingegangenen Teilnahmeanträge auf Vollständigkeit und Fehlerlosigkeit prüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass Teilnahmeanträge unvollständig oder fehlerhaft sind, kann der Auftraggeber den Bewerber im Rahmen des rechtlich Zulässigen nach pflichtgemäßem Ermessen unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Angaben, Erklärungen und Nachweise innerhalb einer für alle Bewerber einheitlichen Nachfrist nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren. Dieses Recht zur Nachforderung begründet indes keine Verantwortung des Auftraggebers für die Vollständigkeit der Teilnahmeanträge. Haftungsansprüche aus einer fahrlässig versäumten Nachforderung von Unterlagen sind ausgeschlossen. Jeder Bewerber bleibt für den Nachweis seiner Eignung und die Vollständigkeit und Fehlerlosigkeit seines Teilnahmeantrages allein verantwortlich.

### **2.3.7 Anfordern zusätzlicher Unterlagen**

Der Auftraggeber behält sich vor, von den Bewerbern zusätzliche Unterlagen zur Aufklärung, Verifizierung und Validierung der mit den

### **2.3.8 Prüfung auf Vorliegen von Ausschlussgründen**

Darauf erfolgt eine Prüfung der Teilnahmeanträge auf Vorliegen von Ausschlussgründen. Ein zwingender Ausschluss des Bewerbers erfolgt bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 123 GWB. Davon kann gegebenenfalls unter den in § 123 Abs. 4 S. 2, Abs. 5, § 125, § 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

Des Weiteren kann ein Ausschluss erfolgen, bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 124 GWB, nach § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG), nach § 98c Aufenthaltsgesetz (AufenthG), nach § 19 Mindestlohngesetz (MiLoG) und nach § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG). Davon kann nach pflichtgemäßem Ermessen und gegebenenfalls unter den in §§ 125 und 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

### **2.3.9 Prüfung Erlaubnis zur Berufsausübung und Leistungsfähigkeit**

Darauf folgt die Prüfung der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit und der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit des Bewerbers gemessen an der zu vergebenden Leistung anhand der

vom Bewerber eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise.

### **2.3.10 Auswahl und Anzahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bewerber**

Sollten danach mehr als 5 Bewerber oder Bewerbergemeinschaften geeignet sein, wird der Auftraggeber die geeigneten Bewerber/Bewerbergemeinschaften hinsichtlich des Grades ihrer Eignung bewerten. Für diese vergleichende Wertung sind die von dem Bewerber genannten Referenzen maßgeblich.

Die rnv behält sich zudem vor, im Rahmen des rechtlich Zulässigen, Erfahrungen mit dem Bewerber bei der Bewertung zu berücksichtigen.

Die Referenzen müssen zur Eignung des Bieters bestimmte Mindestkriterien erfüllen. Dabei handelt es sich um die Kriterien 1 – 6 gemäß Vergabunterlagen. Können die Referenzen diese nicht erfüllen, wird der Bieter in dem Verfahren nicht weiter berücksichtigt. Die Angaben der Bieter in den Kriterien 7 und 8 gelten als Basis zur Bewertung der Bieter.

Die Bepunktung zur Mehreignung findet wie folgt statt:

Kriterium 8: (Angabe seitens Bieter)  $\leq 35.000$  qm = 0 Punkte

(Ab 35.000 qm je 5000 qm = 1 Punkt)

Bsp:

(Angabe seitens Bieter)  $> 35.000$  qm /  $\leq 40.000$  qm = 1 Punkte

(Angabe seitens Bieter)  $> 40.000$  qm /  $\leq 45.000$  qm = 2 Punkte

(Angabe seitens Bieter)  $> 45.000$  qm /  $\leq 50.000$  qm = 3 Punkte

Kriterium 9: (Angabe seitens Bieter)  $\leq 4000$  qm = 0 Punkte

(Ab 4000 qm je 250 qm = 1 Punkt)

Bsp:

(Angabe seitens Bieter)  $> 4000$  qm /  $\leq 4250$  qm = 1 Punkte

(Angabe seitens Bieter)  $> 4250$  qm /  $\leq 4500$  qm = 2 Punkte

(Angabe seitens Bieter)  $> 4500$  qm /  $\leq 4750$  qm = 3 Punkte

Die zu wertende Gesamtpunktzahl ergibt sich aus der Summe aller eingereichten Referenzen (maximal 5).

Der Auftraggeber fordert mindestens drei, maximal fünf Bewerber zur Angebotsabgabe auf. Diese werden anhand der Gesamtpunktzahl gemäß der erreichten Punkte ermittelt. Sollten weniger als drei Bewerber nach der Eignungsprüfung geeignet sein, so kann der Auftraggeber auch weniger als drei Bewerber zur Angebotsabgabe auffordern.

Die Auswahl der Bewerber erfolgt in diesem Fall auf der Grundlage der Rangfolge, die sich aus der differenzierenden Wertung gemäß den o.g. Regelungen ergibt.

### 2.3.11 Kosten für die Teilnahme am Verfahren

Für Erstellung der Bewerbungs- und Angebotsunterlagen und die Teilnahme an diesem Verfahren werden Kosten nicht erstattet und Entschädigungen nicht gewährt.

## 2.4 Zuschlagskriterien

Die Zuschlagskriterien zur Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes werden wie folgt angewendet:

- Preis 65%
- Qualitätssicherungskonzept 20%
  - die Wertung des Qualitätssicherungskonzepts setzt sich aus folgendermaßen gewichteten Unterkriterien zusammen:
    - 30% Ökologie & Nachhaltigkeit
    - 25% Qualitätssicherung
    - 25% Beschwerdemanagement
    - 20% Maschineneinsatz & Reinigungsmethoden
- Personaleinsatzkonzept 15%
  - die Wertung des Personaleinsatzkonzepts setzt sich aus folgendermaßen gewichteten Unterkriterien zusammen:
    - 50% Steuerungskonzept und Personaleinsatz
    - 25% Schulung / Einweisung- und Weiterbildung
    - 25% Urlaubs- und Vertretungsplanung

Die vollständige Beschreibung und Definition von Unterkriterien wird mit der Angebotsaufforderung versandt.

## 3 Rügepflicht und Nachprüfung

### 3.1 Zulässigkeit Nachprüfungsantrag

Die Zulässigkeit von Nachprüfungsanträgen richtet sich nach § 160 GWB. Nach § 160 Abs. 3 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Dies gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

### **3.2 Vergabekammer**

Der Bieter kann sich zur Nachprüfung behaupteter Vergabeverstöße an die, in der Auftragsbekanntmachung genannte, Stelle wenden.

### **3.3 Rechtsgrundlagen**

Für die Einlegung von Rechtsbehelfen gelten u.a. die folgenden Regelungen des GWB:

#### **§ 134 Informations- und Wartepflicht**

- (1) *Öffentliche Auftraggeber haben die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.*
- (2) *Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an. Die Informationspflicht entfällt in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit gerechtfertigt ist. Im Fall verteidigungs- oder sicherheitsspezifischer Aufträge können öffentliche Auftraggeber beschließen, bestimmte Informationen über die Zuschlagserteilung oder den Abschluss einer Rahmenvereinbarung nicht mitzuteilen, soweit die Offenlegung den Gesetzesvollzug behindert, dem öffentlichen Interesse, insbesondere Verteidigungs- oder Sicherheitsinteressen, zuwiderläuft, berechnigte geschäftliche Interessen von Unternehmen schädigt oder den lauterer Wettbewerb zwischen ihnen beeinträchtigen könnte.*

### **§ 135 Unwirksamkeit**

- (1) Ein öffentlicher Auftrag ist von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber
1. gegen § 134 verstoßen hat oder
  2. den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist,

und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist.

- (2) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

- (3) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 Nummer 2 tritt nicht ein, wenn

1. der öffentliche Auftraggeber der Ansicht ist, dass die Auftragsvergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zulässig ist,
2. der öffentliche Auftraggeber eine Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht hat, mit der er die Absicht bekundet, den Vertrag abzuschließen, und
3. der Vertrag nicht vor Ablauf einer Frist von mindestens zehn Kalendertagen, gerechnet ab dem Tag nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung, abgeschlossen wurde.

Die Bekanntmachung nach Satz 1 Nummer 2 muss den Namen und die Kontaktdaten des öffentlichen Auftraggebers, die Beschreibung des Vertragsgegenstands, die Begründung der Entscheidung des Auftraggebers, den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu vergeben, und den Namen und die Kontaktdaten des Unternehmens, das den Zuschlag erhalten soll, umfassen.

### **§ 160 Einleitung, Antrag**

- (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.
- (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.
- (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

**[ Unterhaltsreinigung Heidelberg ]**  
**[011-25-E16]**

1. *der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,*
2. *Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,*
3. *Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,*
4. *mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.*

*Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.*

### **3.4 Weiterleitung von Vergabeunterlagen**

Der Auftraggeber ist im Falle eines Nachprüfungsantrags verpflichtet, die Vergabeakten, die auch die abgegebenen Teilnahmeanträge und Angebote enthalten, an die Vergabekammer weiterzuleiten. Gemäß § 165 GWB haben die Verfahrensbeteiligten unter Umständen Anspruch auf Akteneinsicht und können sich gegebenenfalls Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften erteilen lassen. Die Vergabekammer hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen geboten ist. Es ist daher im Interesse des Bieters oder Bieters, bereits mit der Abgabe des Teilnahmeantrags oder Angebotes eine entsprechende Kennzeichnung der Stellen vorzunehmen, die Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten.

# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

### Wichtiger Hinweis an Bieter als Arbeitgeber:

Wir verarbeiten im Rahmen des Vergabeverfahrens die personenbezogenen Daten von Mitarbeitern Ihres Unternehmens, aus denjenigen Unterlagen, die Sie im Vergabeverfahren an uns übermitteln (insbesondere Teilnahmeanträge und Angebote). Im Hinblick auf die insoweit von Ihnen an uns übersandten Informationen zu Mitarbeitern Ihres Unternehmens delegieren wir hiermit unsere Informationspflichten gemäß den Artt. 13 und 14 DSGVO gegenüber den betroffenen Personen auf Sie als Bieter. Wir bitten Sie deshalb, dieses Hinweisblatt vor der Übermittlung solcher Unterlagen allen betroffenen Beschäftigten auszuhändigen.

### 1. Einleitung

Die im Rahmen des Vergabeverfahrens zur **Unterhaltsreinigung Heidelberg** bei der rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH („rnv“, „wir“ und „uns“) einzureichenden Dokumente enthalten personenbezogene Daten, die für die Kommunikation und für die Entscheidungsfindung im Vergabeverfahren erforderlich sind. Der Schutz dieser Daten ist uns wichtig. Wir verarbeiten sie daher mit größtmöglicher Sorgfalt und in Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen.

Nachfolgend informieren wir Sie gemäß den Vorgaben der Artt. 13 und 14 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte als Betroffener.

### 2. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

#### Verantwortlicher im Sinne der DSGVO:

rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH  
Möhlstraße 27  
68165 Mannheim  
Tel.: 0621-465-0  
E-Mail: [kundenservice@rnv-online.de](mailto:kundenservice@rnv-online.de)

#### Kontakt Daten des Datenschutzbeauftragten:

CTM-COM GmbH  
Moritz Görmann  
In den Leppsteinswiesen 14  
64380 Roßdorf  
Tel.: 06154-57605 111  
E-Mail: [datenschutz@ctm-com.de](mailto:datenschutz@ctm-com.de)

### 3. Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen des Vergabeverfahrens von Ihnen oder Ihrem Arbeitgeber erhalten. Das sind insbesondere die Daten aus Teilnahmeanträgen oder Angeboten, die im Vergabeverfahren gefordert und einzureichen sind. Regelmäßig handelt es sich dabei um:

# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

- dienstliche Kontaktdaten von Ihnen als Einzelunternehmer oder Mitarbeiter Ihres Arbeitgebers, wie Vor- und Nachname, Position im Unternehmen, berufliche Telefonnummer und E-Mail-Adresse,
- Angaben zu Ihrem beruflichen Werdegang und Ihrer beruflichen Qualifikation, wie Lebensläufe, Berufsabschlüsse und persönliche Berufserfahrungen.

Darüber hinaus verarbeiten wir – soweit für das Vergabeverfahren erforderlich – personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen wie Handels- und Vereinsregister, Gewerbezentralregister bzw. Wettbewerbsregister, Presse, Internet zulässigerweise erheben dürfen oder die uns von anderen Behörden des Bundes und der Länder oder von sonstigen Dritten (z.B. Auskunftsteien) berechtigt übermittelt werden.

Wir erheben darüber hinaus personenbezogene Daten, z.B. im Zusammenhang mit Bedarfserhebungen, Beschaffungsvorhaben, Teilnahmeanträgen, Angeboten, Fragen, welche z.B. über Webformulare in eVergabeplattformen oder per E-Mail an uns übermittelt werden, Daten aus der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen (z.B. Zahlungsverkehr) sowie Dokumentationsdaten (z.B. über Fragen und Antworten zu unseren Vergabeverfahren).

### 4. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) und – soweit anwendbar – des Bundesdatenschutzgesetzes („**BDSG**“) sowie gegebenenfalls weiteren anwendbaren Datenschutzbestimmungen.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zum Zweck der rechtmäßigen Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens, im Einzelnen zur:

- Einhaltung der geltenden vergaberechtlichen Vorschriften, insbesondere der Vergabe-grundsätze des Wettbewerbs, der Transparenz, der Wirtschaftlichkeit, der Verhältnismäßigkeit, der Gleichbehandlung
- Prüfung und Beantwortung von Fragen und Hinweisen von Bietern im Vergabeverfahren
- Prüfung und Wertung von Interessensbekundungen, Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträgen und Angeboten im Vergabeverfahren, insbesondere auf vergaberechtliche Ausschlussgründe
- Dokumentation des Vergabeverfahrens
- Führung einer sachdienlichen Kommunikation während des Vergabeverfahrens.

Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zur Durchführung der für uns verpflichtenden Eignungsprüfung (insbesondere Angaben zur Befähigung und gegebenenfalls Erlaubnis zur Berufsausübung sowie zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit) und für die Prüfung zwingender Ausschlussgründe wegen eines Verstoßes gegen bestimmte Strafvorschriften erfolgt, ist diese gemäß Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. c), Absatz 3 DSGVO in Verbindung mit den §§ 122 und 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen („**GWB**“) zur Erfüllung dieser rechtlichen Verpflichtungen zulässig.

# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Im Übrigen ist die Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. f) DSGVO. Diese Vorschrift gestattet uns die Verarbeitung personenbezogener Daten, soweit dies zur Wahrung unserer berechtigten Interessen oder der Interessen eines Dritten erforderlich ist, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Personen, die den Schutz personenbezogener Daten erforderlich machen, überwiegen. Unser berechtigtes Interesse besteht in der ordnungsgemäßen Durchführung des Vergabeverfahrens unter Beachtung der insoweit geltenden gesetzlichen Vorgaben.

### 5. Wer bekommt Ihre Daten?

Eine Weitergabe Ihrer Daten erfolgt nur, soweit eine Rechtsgrundlage dies gestattet. Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich und zulässig – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von Gewerbezentralregister-Auskünften gem. § 150a GewO
- zuständige Stellen für vergaberechtliche relevante Register (z.B. Wettbewerbsregister, Transparenzregister)
- zuständige Stellen zur Einholung von Auskünften betreffend das Vorliegen von vergaberechtlichen Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung etwaiger bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- mit der Beratung oder Unterstützung im Vergabeverfahren beauftragte Dritte (z.B. Ingenieurbüros, Beratungsunternehmen, Rechtsanwaltskanzleien)
- Teilnehmer am Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung
- Instanzen für die Nachprüfung von Vergabeverfahren und die dort beteiligten Parteien
- Rechnungsprüfungs-, Revisions- und Kontrollinstanzen.

Soweit wir mit **Auftragsverarbeitern** zusammenarbeiten, werden Ihre Daten an diese weitergegeben. Auftragsverarbeiter sind Unternehmen, die wir im gesetzlich vorgesehenen Rahmen (Art. 28 DSGVO) mit der Verarbeitung von Daten beauftragen (Dienstleister, Erfüllungsgehilfen) und entsprechend anweisen. Wir bleiben auch in diesem Fall weiterhin für den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten verantwortlich. Beauftragt werden diese Unternehmen von uns insbesondere in folgenden Bereichen

- Bereitstellung und Betrieb der im Vergabeverfahren eingesetzten eVergabeplattformen
- ggf. Digitalisierung von in Papierform im Vergabeverfahren eingereichten Unterlagen,

### 6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies zur Durchführung des Vergabeverfahrens und unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Als Bestandteil der Dokumentation des Vergabeverfahrens fallen Ihre Daten unter die Aufbewahrungsfristen gemäß § 8 Abs. 4 VgV (bis zum Ende der Laufzeit des Vertrages oder Rahmenvertrages, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlages) oder im Fall einer Unterschwellenvergabe gemäß § 6 Abs. 2 UVgO (mindestens drei Jahre ab dem Tag des Zuschlages).

# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Darüber hinaus können für uns abweichende Aufbewahrungsfristen gelten, die in Rechts- und Verwaltungsvorschriften wie denjenigen zur Bundeshaushaltsordnung festgelegt sind. Gemäß diesen Vorschriften kann eine Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren erforderlich sein.

Soweit nach Beendigung des Vergabeverfahrens durch Ihr Unternehmen oder durch uns noch Ansprüche bestehen oder geltend gemacht werden, werden Ihre personenbezogenen Daten jedoch erst dann gelöscht, wenn diese Ansprüche abschließend geklärt sind, spätestens jedoch mit Ablauf der gesetzlichen Verjährungsfrist. Gemäß den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches („BGB“) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für die vorgenannten Zwecke nicht mehr erforderlich ist, löschen wir diese.

### 7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in Drittländer (Staaten außerhalb der europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR) oder an eine internationale Organisation findet nicht statt.

### 8. Welche Rechte haben Sie?

Sie haben unter den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen uns gegenüber folgende Rechte:

#### a. Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

Gemäß Art. 15 DSGVO haben Sie das Recht, von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob wir personenbezogene Daten verarbeiten, die Sie betreffen. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf detaillierte Auskunft über die Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten. Die Auskunftserteilung kann in begründeten Einzelfällen auf Grundlage des Art. 12 Abs. 5 Satz 2 lit. b) DSGVO oder der in § 34 BDSG geregelten Fälle abgelehnt werden.

#### b. Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Sie können von uns die unverzügliche Berichtigung unrichtiger Daten verlangen, die Sie betreffen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie zudem das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

#### c. Recht auf Löschung oder „Recht auf Vergessenwerden“ (Art. 17 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 17 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten. Dieses Recht ist in den in Artikel 17 Abs. 3 DSGVO genannten Fällen eingeschränkt.

#### d. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, u.a. wenn und solange Uneinigkeit über

# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

die Richtigkeit Ihrer Daten besteht, Sie eine Löschung der Daten ablehnen oder Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen und noch nicht feststeht, ob unsere berechtigten Interessen überwiegen.

### e. Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Soweit eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns ausnahmsweise auf Ihrer freiwillig erteilten und jederzeit widerrufbaren Einwilligung oder einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b) DSGVO beruht, können Sie bei Vorliegen der in Art. 20 DSGVO genannten Voraussetzungen auch die Herausgabe der im Rahmen des Vergabeverfahrens bereitgestellten personenbezogenen Daten oder deren Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen verlangen (**Recht auf Datenübertragbarkeit**).

### f. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO)

Ferner haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde insbesondere in dem EU-Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen die DSGVO oder andere Datenschutzvorschriften verstößt.

Die Anschrift der für die rnv zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit  
Königstraße 10a  
70173 Stuttgart  
Tel: 0711 61 55 41-0  
E-Mail: [poststelle@ldi.bwl.de](mailto:poststelle@ldi.bwl.de)

Weitere verwaltungsrechtliche oder gerichtliche Rechtsbehelfe, die Ihnen möglicherweise zustehen, bleiben hiervon unberührt.

### 9. Besteht für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Im Rahmen des Vergabeverfahrens müssen diejenigen Ihrer personenbezogenen Daten bereitgestellt werden, die für die Durchführung und Verwaltung eines rechtmäßigen Vergabeverfahrens und der damit verbundenen vergaberechtlichen Rechte und Pflichten von uns als öffentlichem Auftraggeber erforderlich sind.

Ohne diese Daten wird die rechtmäßige Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens gefährdet.

### 10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?

Zur Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens findet grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO statt. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren.

<b>Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO</b>
--

## Hinweise zum Datenschutz

### Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Sie haben zudem das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f) DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO einzulegen. Dies gilt auch für ein etwa auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DSGVO.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten; es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch ist formfrei möglich und an die unter Ziffer 2 angegebenen Kontaktdaten zu richten.

\*\*\*

## Allgemeine Angaben zu den Unternehmen einer Bewerbergemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bewerbergemeinschaft

<b>Name des geschäftsführenden Unternehmens</b>		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister:  Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

## Unterhaltsreinigung Heidelberg

011-25-E16

<b>Name des Bewerbungsgemeinschaftsmitglieds [1]</b>		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister:  Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

## Unterhaltsreinigung Heidelberg

011-25-E16

<b>Name des Bewerbergemeinschaftsmitglieds [2]</b>		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister:  Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

## Unterhaltsreinigung Heidelberg

011-25-E16

<b>Name des Bewerbungsgemeinschaftsmitglieds [3]</b>		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister:  Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

Unterhaltsreinigung Heidelberg

011-25-E16

erklären, uns im Falle der Angebotsaufforderung zu einer Bewerbergemeinschaft und im Falle der Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

Wir erklären weiterhin, dass

- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen die Bewerbergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, dies schließt die Abgabe von Erklärungen im Vergabeverfahren ein – dazu gehören auch Angaben zu unserer technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit;
- alle Mitglieder im Auftragsfalle für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner haften;
- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung Zahlungen anzunehmen.

Unterhaltsreinigung Heidelberg

011-25-E16

**Erklärung zur Nichtvorlage einer wettbewerbsbeschränkenden Abrede i. S. d. § 1 GWB**

**[Aufforderung Abgabe einer Erklärung über die Gründe für die Bildung einer  
Bewerbergemeinschaft]**

[Zu unterschreiben von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft]

[Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in der Plattform hochladen.]

*Unterschrift:*

---

*(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)*

Unterhaltsreinigung Heidelberg

011-25-E16

*Unterschrift:*

---

*(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)*

*Unterschrift:*

---

*(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)*

*Unterschrift:*

---

*(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)*

011-25-E16

## Allgemeine Angaben zum Unternehmen eines Einzelbewerber

<b>Name des Bewerbers</b>		
Rechtsform		
Anschrift		
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister:  Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	

Hier gemäß § 126b BGB eintragen:

\_\_\_\_\_  
(Firmenname und Rechtsform)

## Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

**- nur im Falle einer Bietergemeinschaft oder Eignungsleihe auszufüllen -**

**Hinweis:** Dieses Formblatt muss nur in den nachfolgenden Anwendungsfällen ausgefüllt werden:  
Im Falle einer Bietergemeinschaft muss dieses Formblatt durch **jedes Mitglied der Bietergemeinschaft** ausgefüllt werden.  
Im Falle der Inanspruchnahme der Kapazitäten eines anderen Unternehmens zum Nachweis der Eignung des Bewerber (**Eignungsleihe**) muss dieses Formblatt **auch durch diesen qualifizierten Nachunternehmer** ausgefüllt werden. Hierzu ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

Name der Bietergemeinschaft / des qualifizierten Nachunternehmers

### 1. Erklärung gemäß § 123 Abs. 1 GWB

#### Entweder:

- ☐ Erklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bewerbers/ des Mitglieds der Bietergemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
  - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
  - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
  - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
  - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
  - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
  - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),

- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

**Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

☐ Erklärung, dass zwar eine solche Situation besteht, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

**oder**

☐ Erklärung, dass aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

**2. Erklärung gemäß § 123 Abs. 4 GWB****Enweder**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in der folgenden Situation befindet:

Das Unternehmen ist seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden.

**Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

**oder**

☐ Erklärung, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

**oder falls diese Erklärungen nicht abgeben werden können:**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

### 3. Erklärung gemäß § 124 Abs. 1 GWB

#### Enweder

- ☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in einer der folgenden Situationen befindet:
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
  - das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,
  - das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,
  - es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
  - es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,
  - eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,

- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

**Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als drei Jahre ab dem betreffenden Ereignis vergangen sind

**oder**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies bei pflichtgemäßer Ermessensausübung, insbesondere unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

**4. Erklärung gemäß § 124 Abs. 2 GWB****Zu § 21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz)****Entweder**

☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG vorliegt.

**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

**Zu § 98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz)****Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.  
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

**Zu § 19 MiLoG (Mindestlohngesetz)****Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 19 MiLoG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.  
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

**Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz)****Entweder**☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vorliegt.**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.  
Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

**5. Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten**

☐ Erklärung, dass unser Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt haben.

*Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer oder Mitgliedern einer Bergewergemeinschaft:*

**(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)**

*Unterschrift:*

---

*(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)*

## Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer

**Hinweis:** Sofern der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens (qualifizierter Nachunternehmer) benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers in Anspruch nehmen will.

Außerdem muss der Bewerber durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten Nachunternehmers nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nachunternehmer, die der Bewerber für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

Ergänzend zu diesem Formblatt sind vom qualifizierten Nachunternehmer auch die Formblätter B.IV.1. und B.VIII.1. auszufüllen.

Sofern der Bewerber mehrere andere Unternehmen benennen will, ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

<b>Name des qualifizierten Nachunternehmers</b>	
Rechtsform	
Anschrift	
Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister des Landes, in welchem der Nachunternehmer ansässig ist	<input type="checkbox"/> Ja, ein entsprechender Nachweis ist dem Teilnahmeantrag beigelegt. <input type="checkbox"/> Keine Eintragung.
<u>Zur ggf. erforderlichen Abfrage im Korruptionsregister und im Gewerbezentralregister:</u>  Name, Vorname, Geburtsdatum und -ort des gesetzlichen Vertreters, bei Personengesellschaften der geschäftsführenden Gesellschafter	
Telefon	
Telefax	
E-Mail	
Ansprechpartner	
Angabe, wofür die Kapazitäten dieses anderen Unternehmens in Anspruch genommen werden	[ggf. erforderliche Zulässigkeitsnachweise]

### **Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens**

Wir verpflichten uns, dem Bewerber / der Bewerbergemeinschaft

---

im Auftragsfalle die erforderlichen Mittel, für deren Nachweis wir vom Bewerber zum Nachweis seiner Eignung benannt wurden, zur Verfügung zu stellen.

*Zu unterschreiben von qualifiziertem Nachunternehmer:*

***(Bitte Formblatt ausdrucken, unterschreiben, einscannen und in Plattform hochladen)***

*Unterschrift:*

---

*(Name des Erklärenden, Firmenname und Rechtsform)*

**Merkblatt für die Abgabe der Verpflichtungserklärung  
zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen  
nach den Vorgaben  
des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-  
Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

Dieses Merkblatt soll die betroffenen Unternehmen bei der Abgabe der notwendigen Erklärung unterstützen.

**Allgemeines**

Das LTMG verpflichtet öffentliche Auftraggeber, öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen ab einem geschätzten **Auftragswert von 20.000 Euro** (ohne Umsatzsteuer) nur an solche Unternehmen zu vergeben, die sich bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, soweit nicht eine Tariftreueverpflichtung besteht und die danach maßgebliche tarifliche Regelung für die Beschäftigten günstiger ist.

Die **Schätzung des Auftragswertes** richtet sich nach der Vergabeverordnung (VgV). Danach ist vom voraussichtlichen Gesamtwert der vorgesehenen Leistung ohne Umsatzsteuer einschließlich etwaiger Prämien oder sonstiger Zahlungen an Bewerber oder Bieter auszugehen. Dabei sind etwaige Optionen oder Vertragsverlängerungen zu berücksichtigen. Der Wert eines beabsichtigten Auftrags darf nicht in der Absicht geschätzt oder aufgeteilt werden, ihn der Anwendung dieser Bestimmung zu entziehen.

**Informationen zum LTMG**

Beim **Regierungspräsidium Stuttgart** ist eine **Servicestelle** eingerichtet, die über das LTMG umfassend informiert und die Entgeltregelungen aus den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen zur Verfügung stellt (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx>). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>). Die Servicestelle gibt auch Muster für die Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen bekannt. Außerdem fungiert die Service-

stelle als Geschäftsstelle des Beirats für die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge im Verkehrsbereich.

### **Zur Verpflichtungserklärung im Einzelnen:**

#### ***Ich erkläre/Wir erklären,***

- *dass meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des AEntG gebunden ist;*
- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, und die ein Tarifentgelt auf der Grundlage des AEntG erhalten oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.*

In § 3 Abs. 1 LTMG wird festgelegt, dass öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen, die vom AEntG erfasst werden, nur an solche Unternehmen vergeben werden dürfen, die sich vorher verpflichten, ihren Beschäftigten mindestens das auf der Grundlage des AEntG für allgemeinverbindlich erklärte Entgelt zu zahlen. Das AEntG gilt derzeit für folgende Wirtschaftsbereiche:

- Baugewerbe, Dachdeckerhandwerk, Maler- und Lackiererhandwerk, Elektrohandwerk, einschließlich der Erbringung von Montageleistungen auf Baustellen außerhalb des Betriebssitzes,
- Gebäudereinigung,
- Briefdienstleistungen,
- Sicherheitsdienstleistungen,
- Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken,
- Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft,
- Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst,
- Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch,

- Pflegedienstleistungen
- Schlachten und Fleischverarbeitung.

Voraussetzung ist jedoch, dass das Unternehmen überwiegend in einer dieser Branchen tätig ist. Dies ist dann der Fall, wenn die Beschäftigten im jeweiligen Kalenderjahr - bezogen auf die Gesamtarbeitszeit - zeitlich überwiegend die jeweiligen branchentypischen Tätigkeiten erbracht haben. Hierbei sind Hilfs- und Nebenarbeiten hinzuzurechnen, wenn sie zu einer sachgerechten Ausführung der Tätigkeit notwendig sind und deshalb mit ihnen in Zusammenhang stehen.

Möglich ist auch, dass im Rahmen eines öffentlichen Auftrags nur ein Teil der Beschäftigten des Unternehmens dem AEntG unterfällt. In diesem Fall muss sich das Unternehmen hinsichtlich der restlichen Beschäftigten verpflichten, bei der Ausführung der Leistung mindestens das nach § 4 des LTMG zu zahlende Mindestentgelt (brutto) pro Stunde zu zahlen.

Die Tarifverträge, die nach dem AEntG auf ein Unternehmen Anwendung finden, lassen sich z. B. folgender Internetseite der Zollverwaltung entnehmen:

<http://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Arbeit/Mindestarbeitsbedingungen/Mindestlohn-AEntG-Lohnuntergrenze-AUeG/Branchen-Mindestlohn-Lohnuntergrenze/branchen-mindestlohn-lohnuntergrenze.html>.

### ***Ich erkläre/Wir erklären,***

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des freigestellten Verkehrs gemäß § 1 der Freistellungs-Verordnung bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, wenn die Leistung nicht vom Anwen-

dungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst wird;

- dass mein/unser Unternehmen während der Ausführung der Leistung eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachvollzieht.

Öffentlichen Personenverkehrsdienste sind gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 Dienstleistungsaufträge im straßengebundenen öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Straßenbahnen, sonstige Dienstleistungsaufträge im schienegebundenen Personenverkehr sowie Dienstleistungskonzessionen in diesen Bereichen. Dies umfasst sämtliche, insbesondere auch die nach § 13 des Personenbeförderungsgesetzes genehmigten Verkehrsdienstleistungen. Vom LTMG erfasst sind auch Auftragsvergaben über die nicht als öffentliche Personenverkehre geltenden Verkehrsaufträge im Sinne der Freistellungsverordnung; hierzu gehören insbesondere der freigestellte Schülerverkehr sowie der Transport von körperlich, geistig oder seelisch behinderten Personen zu oder von Einrichtungen, die deren Betreuung dienen.

Sind im öffentlichen Personenverkehr mehrere Tarifverträge einschlägig, müssen Auftragnehmer ihren Beschäftigten zur Erfüllung ihrer Tariftreuepflichten insgesamt mindestens das in einem der einschlägigen und als repräsentativ festgestellten Tarifverträge vorgesehene Entgelt zahlen.

Die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge erfolgt durch das Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Verkehrsministerium unter Berücksichtigung der Empfehlungen eines mit den im betroffenen Verkehrsbereich tätigen Sozialpartnern paritätisch besetzten Beirats.

Die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge werden vom Auftraggeber in der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen des öffentlichen Auftrags benannt. Das Verzeichnis der repräsentativen Tarifverträge für öffentliche Aufträge über Verkehrsdienstleistungen nach § 1 Absatz 3 der Verordnung des Sozialministeriums zur Durchführung des § 3 Absatz 4 des LTMG wurde als Verwaltungsvorschrift im Gemeinsamen Amtsblatt des Landes Baden-Württemberg veröffentlicht. Zugleich stellt die beim Regierungspräsidium Stuttgart eingerichtete Servicestelle das Verzeichnis und die darin enthaltenen Tarifverträge im Internet zur Verfügung ([https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/Repraesentative\\_Tarifvertraege.aspx](https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/Repraesentative_Tarifvertraege.aspx)). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der

schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).

Grundsätzlich gilt das LTMG auch für den freigestellten Verkehr. Ob im Einzelfall bei öffentlichen Aufträgen über Verkehrsdienstleistungen für den freigestellten Verkehr Tariftreue nach den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen einzuhalten ist oder das Mindestentgelt des § 4 LTMG gilt, hängt von der jeweils ausgeschriebenen Leistung ab. Es gelten die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr, sobald der freigestellte Verkehr vom Anwendungsbereich des jeweiligen Tarifvertrages umfasst wird.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von bis zu neun Personen einschließlich des Fahrzeugführers, wird der Verkehr mit Personenkraftwagen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 1 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) betrieben. Derzeit gibt es im Hinblick auf Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf der Straße keine einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge, die die Beförderungen der mit Personenkraftwagen i. S. d. § 4 Abs. 4 Nr. 1 PBefG durchgeführten freigestellten Verkehre erfassen. Insofern gilt für die betreffenden Verkehre zum jetzigen Zeitpunkt nur das Mindestentgelt gem. § 4 LTMG.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von mehr als neun Personen einschließlich Fahrer wird der Verkehr mit Kraftomnibussen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 2 PBefG betrieben. Die Fahrer benötigen eine besondere Qualifikation. Diese Verkehre fallen unter den Anwendungsbereich des einschlägigen und repräsentativen Tarifvertrags („Personenbeförderung durch Kraftomnibusse“).

***Ich erkläre/Wir erklären,***

- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht*  
*oder*
- *dass mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.*

Diese Erklärung ist abzugeben, wenn

- Unternehmen zwar an das AEntG gebunden sind, aber ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- tarifgebundene Unternehmen im Bereich der Personenverkehrsdienste ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- es sich um sonstige Unternehmen handelt, tarifgebunden oder nicht tarifgebunden.

Sofern keine Tariftreue gefordert werden kann, müssen sich Unternehmen nach § 4 LTMG verpflichten, ihren unter das Mindestlohngesetz (MiLoG) fallenden Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht. Dies gilt jedoch nicht für die Leistungserbringung durch Auszubildende.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

***Ich erkläre/Wir erklären,***

- *dass ich mir/wir uns*

- *von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);*

*oder*

- *von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);*

§ 6 Abs. 2 LTMG verpflichtet die Unternehmen dem öffentlichen Auftraggeber Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen der Nachunternehmen vorzulegen. Gleiches gilt, wenn das Unternehmen oder ein beauftragtes Nachunternehmen zur Ausführung des Auftrags Arbeitskräfte eines Verleihunternehmens einsetzt. Dies gilt grundsätzlich auch für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der vom be-

auftragten Unternehmen eingeschalteten Nachunternehmen. Auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen kann verzichtet werden, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens **weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer)** beträgt. Hierfür gilt die erste Variante.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

***Ich erkläre/Wir erklären,***

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Auch wenn auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen verzichtet werden kann, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) beträgt, muss das beauftragte Unternehmen gleichwohl dafür sorgen, dass Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Pflicht zur Tariftreue- und Mindestentgeltzahlung einhalten.

***Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,***

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

In § 7 Abs. 1 LTMG sind die Nachweispflichten der Auftragnehmer sowie ihrer Nachunternehmen und Verleihunternehmen über die Einhaltung ihrer Verpflichtungen zur Tariftreue- bzw. Mindestentgeltzahlung festgelegt.

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,

Die öffentlichen Auftraggeber haben das Recht, Kontrollen durchzuführen. Sie haben die Möglichkeit, die Einhaltung der Vorgaben durch ihre Vertragspartner durch anlass- oder stichprobenbezogene Prüfungen aufgrund der von den Unternehmen vorzulegenden Unterlagen sicherzustellen. Vorbereitend darauf haben die Unternehmen entsprechende vollständige und prüffähige Unterlagen bereitzuhalten.

- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,

§ 8 LTMG regelt die Sanktionsmöglichkeiten gegenüber dem Auftragnehmer bei Verstößen.

Im Vertrag werden die Bezahlung einer Vertragsstrafe bei vorsätzlichen oder fahrlässigen Verstößen gegen die §§ 3 bis 7 LTMG und die Voraussetzungen für ihre Verwirkung vereinbart. Die Vertragsstrafe beträgt ein Prozent, bei Verkehrsdienstleistungen beträgt die Vertragsstrafe bis zu einem Prozent des Auftragswerts je Verstoß. Die Obergrenze bei mehreren Verstößen beträgt innerhalb eines Auftrags fünf Prozent.

- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung,
  - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
  - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,

Der öffentliche Auftraggeber kann Auftragnehmer, Nachunternehmen oder Verleihunternehmen bei ihm bekannt gewordenen schuldhaften Verstößen gegen ihre Verpflichtungen nach dem LTMG bis zu drei Jahre lang von weiteren Auftragsvergaben ausschließen. Die Entscheidung sowie die konkrete Dauer des Ausschlusses stehen

im pflichtgemäßen Ermessen des öffentlichen Auftraggebers und haben sich an den Umständen des Einzelfalls zu orientieren. Selbstreinigende Maßnahmen der Unternehmen (z. B. arbeitsrechtliche Maßnahmen) werden angemessen berücksichtigt.

- *dass der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.*

Der öffentliche Auftraggeber kann als weitere Sanktion fristlos kündigen, wenn dies vereinbart wurde. Der Auftragnehmer ist dann verpflichtet, dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen (§ 8 Abs. 2 LTMG).

- *dass der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.*

Der öffentliche Auftraggeber ist verpflichtet, die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung bei entsprechenden Verstößen zu informieren.

**Sie erhalten weitere Informationen auf der Internetseite der Servicestelle unter <https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx> oder über den Quick-Link (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).**

**Verpflichtungserklärung**  
**für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden**

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

**Ich erkläre/Wir erklären,**

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden), die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.
- dass ich mir/wir uns von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege;
- sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen.

**Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,**

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
  - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
  - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
  - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben,
  - der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.

---

 Ort, Datum

---

 Unterschrift, Firmenstempel

**Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:**

---

 Ort, Datum

---

 Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

---

 Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

## **Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt**

(sofern der öffentliche Auftrag nicht vom AEntG erfasst wird und es sich nicht um Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene handelt)

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

**Ich erkläre/Wir erklären,**

- ☐ dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht  
oder
- ☐ mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

*Zutreffendes bitte ankreuzen.*

- dass ich mir/wir uns
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);  
oder
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

*Zutreffendes bitte ankreuzen.*

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind

und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

**Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,**

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
  - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
  - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
  - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

---

Ort, Datum

---

Unterschrift, Firmenstempel

**Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:**

---

Ort, Datum

---

Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

---

Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

**Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg  
(Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

**1. Mindestentgelte**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) für Leistungen, deren Erbringung dem Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfällt, seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die durch einen für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder eine nach den §§ 7 oder 11 des AEntG erlassene Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden;

(2) für Leistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt zu bezahlen, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht, und während der Ausführung des öffentlichen Auftrags eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachzuvollziehen;

(3) für Leistungen,

- deren Erbringung nicht dem Geltungsbereich des AEntG in der jeweils geltenden Fassung unterfallen,
- die den freigestellten Verkehr betreffen und die nicht vom Anwendungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst werden,
- die nicht den öffentlichen Personenverkehr betreffen,

seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben

des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, es sei denn, bei dem Unternehmen handelt es sich um eine anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen, einen Inklusionsbetrieb oder eine anerkannte Blindenwerkstatt (bevorzugtes Unternehmen gemäß §§ 224 und 226 Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX) – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen) oder der Auftrag wird ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern eines Nachtunternehmens ausgeführt;

(4) sofern die Voraussetzungen von mehr als einer der in (1) bis (3) getroffenen Regelungen erfüllt sind, die für seine Beschäftigten jeweils günstigste Regelung anzuwenden.

## **2. Nachunternehmen**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) seine Nachunternehmen und Verleihunternehmen sorgfältig auszuwählen,

(2) sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen,

(3) die von den Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgegebene Verpflichtungserklärung oder Versicherung nach den §§ 3 und 4 LTMG dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen,

(4) Nachunternehmen und Verleihunternehmen davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.

## **3. Kontrolle**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) dem Auftraggeber bei einer Kontrolle Entgeltabrechnungen, die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Abgaben sowie die zwischen Unternehmen und Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgeschlossenen Verträge zum Zwecke der Prüfung der Einhaltung des LTMG vorzulegen,

(2) seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen,

(3) dem Auftraggeber ein Auskunfts- und Prüfrecht im Sinne des § 7 Absatz 1 LTMG bei der Beauftragung von Nachunternehmen und Verleihunternehmen einräumen zu lassen,

(4) vollständige und prüffähige Unterlagen zur Prüfung der Einhaltung der Vorgaben der §§ 3 und 4 LTMG in erforderlichem Umfang bereitzuhalten und auf Verlangen dem Auftraggeber vorzulegen und zu erläutern sowie die Einhaltung dieser Pflicht durch die beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vertraglich sicherzustellen.

#### **4. Sanktionen**

(1) Für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers gegen die Verpflichtungen nach den §§ 3 bis 7 LTMG wird zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer eine Vertragsstrafe vereinbart, deren Höhe eins von Hundert, bei Verkehrsdienstleistungen bis zu einem von Hundert beträgt. Bei mehreren Verstößen gegen das LTMG sowie gegen weitere Verpflichtungen dieses Vertrages ist die Vertragsstrafe der Höhe nach insgesamt auf fünf von Hundert des Auftragswertes begrenzt. Dies gilt auch für den Fall, dass der Verstoß durch ein von dem Auftragnehmer eingesetztes Nachunternehmen oder Verleihunternehmen begangen wird, es sei denn, dass der Auftragnehmer den Verstoß bei Beauftragung des Nachunternehmens und des Verleihunternehmens nicht kannte und unter Beachtung der Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns auch nicht kennen musste. Bei einer unverhältnismäßig hohen Vertragsstrafe kann der Auftragnehmer beim Auftraggeber die Herabsetzung der Vertragsstrafe beantragen.

(2) Die schuldhafte Nichterfüllung einer Verpflichtung nach den §§ 3 bis 7 LTMG durch den Auftragnehmer berechtigen den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen.

(3) Die Bestimmungen des § 11 VOB/B bzw. VOL/B bleiben hiervon unberührt.

(4) Bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers sowie der von ihm beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen des LTMG

- kann der Auftraggeber diese für die Dauer von bis zu drei Jahren von ihren Auftragsvergaben ausschließen,
- informiert der Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung.

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** des Bewerbers/Bieters oder die **Niederlassung** des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das **Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent**,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder **auf Anweisung von Personen oder Unternehmen**, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Bereits vor dem 9. April 2022 geschlossene Verträge mit solchen Personen oder Unternehmen mit Bezug zu Russland dürfen nur bis zum 10. Oktober 2022 fortgeführt werden.

Baumaßnahme

Leistung

Unterhaltsreinigung Heidelberg

Ich/Wir erkläre(n), dass für mein/unser Unternehmen **keiner** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Fälle zutrifft.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zur Ausführung des Auftrags für Teile der Leistung

☐ **nicht** die Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ folgende Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ Die Leistungen **keines** Eignungsverleihers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.

☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.

☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmen beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmen beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Nachunternehmers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Lieferanten überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

Datum/Unterschrift (bei elektronischer Übermittlung: Name der erklärenden Person)



Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, 11014 Berlin

- Nur per E-Mail -

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung  
Fachaufsicht führende Ebenen in den Ländern

Krausenstraße 17-18  
10117 Berlin  
Postanschrift  
11014 Berlin  
Tel +49 30 18 681-16882  
Fax +49 30 18 681-516882  
BW17@bmi.bund.de  
www.bmwsb.bund.de

## Sanktionen der EU gegen Russland

Verordnung (EU) 2022/576

BWI7-70409/2#1

Berlin, 14. April 2022

Seite 1 von 3

### I. EU-Sanktionen gegen Russland

Durch *Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren* hat die EU verschärfte Sanktionen gegen Russland erlassen.

Vorbehaltlich kommender Auslegung durch die Europäische Kommission werden nachfolgend erste Hinweise dazu gegeben.

### II. Verbot der Auftragsvergabe

Nach Artikel 5k der Verordnung ist es verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen an Personen oder Unternehmen zu vergeben, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen und im Vergabeverfahren unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftreten.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,

- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Das Verbot erstreckt sich auch auf mittelbar am Auftrag beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten und Eignungsverleiher eines Bewerbers oder Bieters, soweit ihr Anteil, gemessen am Auftragswert, zehn Prozent übersteigt.

Ebenfalls vom Verbot umfasst sind Verträge, die vom Anwendungsbereich des GWB ausgenommen sind (insbesondere § 107 Absatz 1 Nummer 1 und 4, Absatz 2 Nummer 1, § 116 und § 145 Nummer 1 bis 6).

Von den Bewerbern oder Bietern in neuen und laufenden Vergabeverfahren ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern. Angebote von Unternehmen, die eine solche Erklärung trotz entsprechender Anforderung nicht abgeben, sind von der Wertung auszuschließen (§ 16 EU Nummer 4, § 16 VS Nummer 4 VOB/A).

### III. Fortführung bestehender Verträge

Bestehende Verträge mit den unter II. a)-c) Genannten, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden, dürfen nach dem 10. Oktober 2022 nicht fortgeführt werden.

Das gilt auch für Verträge mit Auftragnehmern, an denen die unter II. a)-c) Genannten mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher beteiligt sind. Die Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher sind vorzugsweise auszutauschen. Ist der Hauptauftragnehmer nicht zum Austausch bereit, ist der Vertrag unter Berufung auf das EU-rechtlich unmittelbar geltende Erfüllungsverbot zum 10. Oktober 2022 zu kündigen.

Auch für bestehende Verträge ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern.

### IV. Ausnahmen

Von dem Verbot der Auftragsvergabe und der Fortführung der Verträge enthält Art 5k Absatz 2 Ausnahmen. Für den Bundeshochbau können insbesondere Buchstabe a (Baumaßnahmen im Zusammenhang mit Atomanlagen/Endlagern) und Buchstabe d (Auslandsbau) einschlägig sein.

Eine Ausnahme bedarf der über mich einzuholenden Genehmigung der durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz noch zu benennenden zuständigen Behörde.

## V. Zuwendungsbau

Die EU-Verordnung gilt für öffentliche Aufträge (§ 103 GWB) und Konzessionen (§ 106 GWB). Sie findet damit im Zuwendungsbau Anwendung, falls der Zuwendungsempfänger öffentlicher Auftraggeber nach § 99 GWB, Sektorenauftraggeber nach § 100 GWB oder Konzessionsgeber nach § 101 GWB ist. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, kommt es auf den Inhalt des Zuwendungsbescheids an.

## VI. Inkrafttreten

Der Erlass gilt mit sofortiger Wirkung und setzt die Verordnung (EU) 2022/576 um. Eine Erstreckung auf den Unterschwellenbereich wird noch geprüft.

Im Auftrag

gez.

Janssen

Anlagen  
Verordnung (EU) 2022/576 vom 8. April 2022  
Formblatt für Eigenerklärungen

Verfahren: 011-25-E16 - Unterhaltsreinigung Heidelberg

### EIGNUNGSKRITERIEN

<b>1</b>	<b>Allgemeine Erklärungen</b> Gewichtung: 0,00%
<b>1.1</b>	<b>Erklärung des Bieters [Mussangabe]</b>  K.O.-Kriterium: Ja Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.  <input type="checkbox"/> Keine Auswahl getroffen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein  <div>Nur eine Antwort wählbar</div>
<b>1.2</b>	<b>No-Spy-Erklärung [Mussangabe]</b>  K.O.-Kriterium: Ja Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir rechtlich und tatsächlich in der Lage bin/sind, im Falle eines Zuschlages die dann im Vertrag enthaltene Verpflichtung einzuhalten, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Insbesondere bestehen zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebotes keine Verpflichtungen, Dritten solche Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu machen. Dies gilt nicht, soweit hierfür gesetzliche Offenlegungspflichten bestehen (etwa gegenüber Stellen der Börsenaufsicht, Regulierungsbehörden oder der Finanzverwaltung), es sei denn, solche Offenlegungspflichten bestehen gegenüber ausländischen Sicherheitsbehörden. In Zweifelsfällen werde(n) ich/wir die Vergabestelle auf die gesetzliche(n) Offenlegungspflicht(en) im Rahmen der Abgabe der vorstehenden Erklärung hinweisen. Ich/wir werden die Vergabestelle - nach Zuschlag den Auftraggeber - sofort schriftlich benachrichtigen, wenn sich hierzu eine Änderung ergibt. Dies gilt insbesondere, wenn für mich/uns eine Notwendigkeit oder Verpflichtung entsteht oder ich/wir eine solche hätte(n) erkennen können, die mich/uns an der Einhaltung der beschriebenen Vertraulichkeit hindern könnte. Vertrauliche Informationen sind Informationen, die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind; dies können auch solche Informationen sein, die während einer mündlichen Präsentation oder Diskussion bekannt werden. Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrages ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.  <input type="checkbox"/> Keine Auswahl getroffen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein  <div>Nur eine Antwort wählbar</div>
<b>2</b>	<b>Erklärungen zur wirtschaftlichen Lage</b> Gewichtung: 0,00%
<b>2.1</b>	<b>Eigenerklärung zu Umsatz</b> Gewichtung: 0,00%
<b>2.1.1</b>	<b>Mindestanforderung Umsatz</b>  K.O.-Kriterium: Nein Als Mindestumsatz gilt ein mittlerer Jahresumsatz (netto) in Höhe von 10.000.000 €  des Bieters/der Bietergemeinschaft in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren der erzielt wurde, d.h. für die Geschäftsjahre, welche in den Jahren [2021, 2022, 2023] abgeschlossen wurden. Die Umsätze aller Mitglieder einer Bietergemeinschaft werden von der Vergabestelle addiert.
<b>2.1.2</b>	<b>Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]</b>  K.O.-Kriterium: Nein Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft Gesamtumsatz in EUR netto in 2021
<b>2.1.3</b>	<b>Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]</b>  K.O.-Kriterium: Nein Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft Umsatz in Projekten vergleichbarer Leistung in EUR netto in 2021

**2.1.4 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Gesamtumsatz in EUR netto in 2022

**2.1.5 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Umsatz in Projekten vergleichbarer Leistung in EUR netto in 2022

**2.1.6 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Gesamtumsatz in EUR netto in 2023

**2.1.7 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Umsatz in Projekten vergleichbarer Leistung in EUR netto in 2023

**2.1.8 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Gesamtumsatz in EUR netto in 2021

**2.1.9 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Umsatz in Projekten vergleichbarer Leistung in EUR netto in 2021

**2.1.10 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Gesamtumsatz in EUR netto in 2022

**2.1.11 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Umsatz in Projekten vergleichbarer Leistung in EUR netto in 2022

**2.1.12 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Gesamtumsatz in EUR netto in 2023

**2.1.13 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Umsatz in Projekten vergleichbarer Leistung in EUR netto in 2023

**2.2 Eigenerklärung zur Mitarbeiteranzahl**

Gewichtung: 0,00%

**2.2.1 Mitarbeiteranzahl**

K.O.-Kriterium: Nein

Die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl des Bieters/der Bietergemeinschaft ist sowohl im Gesamten als auch spezifisch für vergleichbare Projekte anzugeben.

**2.2.2 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Durchschnittliche Gesamtmitarbeiteranzahl in 2021

**2.2.3 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Durchschnittliche Mitarbeiteranzahl in Projekten vergleichbarer Leistung in 2021

**2.2.4 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Durchschnittliche Gesamtmitarbeiteranzahl in 2022

**2.2.5 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Durchschnittliche Mitarbeiteranzahl in Projekten vergleichbarer Leistung in 2022

**2.2.6 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Durchschnittliche Gesamtmitarbeiteranzahl in 2023

**2.2.7 Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Durchschnittliche Mitarbeiteranzahl in Projekten vergleichbarer Leistung in 2023

**2.2.8 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Durchschnittliche Gesamtmitarbeiteranzahl in 2021

**2.2.9 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Durchschnittliche Mitarbeiteranzahl in Projekten vergleichbarer Leistung in 2021

**2.2.10 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Durchschnittliche Gesamtmitarbeiteranzahl in 2022

**2.2.11 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Durchschnittliche Mitarbeiteranzahl in Projekten vergleichbarer Leistung in 2022

**2.2.12 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Durchschnittliche Gesamtmitarbeiteranzahl in 2023

## 2.2.13 Ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft

Durchschnittliche Mitarbeiteranzahl in Projekten vergleichbarer Leistung in 2023

### 3 Eigenerklärung zur Akzeptanz von Ausführungsbedingungen zur Versicherungspflicht

Gewichtung: 0,00%

#### 3.1 Eigenerklärung zur Versicherungspflicht [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Der Bewerber / Die Bietergemeinschaft verfügt für den Zeitraum der Leistungsverpflichtung über folgende Versicherungen oder verpflichtet sich mit dieser Erklärung, im Falle der Auftragserteilung, für den Zeitraum seiner Leistungsverpflichtung folgende Versicherungen abzuschließen:

- Haftpflichtversicherung oder eine vergleichbare Versicherung mit einer Deckungssumme von mindestens EUR 5.000.000,- für Personen, Sach- und Vermögensschäden und einer Deckungssumme von mindestens EUR 10.000,- für Schlüsselverlustschäden

Nachzuweisen ist dies durch die Vorlage der Kopie einer Versicherungspolice oder durch Vorlage einer schriftlichen Erklärung seiner Versicherung, dass eine entsprechende Versicherung im Auftragsfalle abgeschlossen wird.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 4 Eigenerklärung zum nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Gewichtung: 0,00%

#### 4.1 Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB

Gewichtung: 0,00%

##### 4.1.1 Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bewerbers/des Mitglieds der Bietergemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

##### 4.1.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde:

Erklärung, dass zwar eine solche Situation besteht, jedoch mehr als 5 Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen ist.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

**4.1.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein**

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind:

Erklärung, dass aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**4.2 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB**

Gewichtung: 0,00%

**4.2.1 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in der folgenden Situation befindet:

Das Unternehmen ist seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**4.2.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein**

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**4.2.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein**

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde:

Erklärung, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**4.2.4 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein**

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind und das Unternehmen seinen Verpflichtungen noch nicht nachgekommen ist:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 4.3 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB

Gewichtung: 0,00%

##### 4.3.1 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in einer der folgenden Situationen befinden.

- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,

- das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,

- das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,

- es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

- es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,

- eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,

- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,

- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,

- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

##### 4.3.2 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als drei Jahre ab dem betreffenden Ereignis vergangen sind.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

##### 4.3.3 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag des betreffenden Ereignis weniger als drei Jahre vergangen sind:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies bei pflichtgemäßer Ermessensausübung, insbesondere unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

**4.4 Erklärung gem. §124 Abs. 2 GWB**

Gewichtung: 0,00%

**4.4.1 Zu §19 MiLoG (Mindestlohngesetz) [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund gemäß § 19 MiLoG vorliegt

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**4.4.2 Zu §98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz) [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vorliegt.

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**4.4.3 Zu §21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz) [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach §21 AEntG vorliegt.

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**4.4.4 Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfung) [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vorliegt.

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**4.5 Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten**

Gewichtung: 0,00%

**4.5.1 Erklärung zum wettbewerbskonformen Verhalten [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Ja

Wir bestätigen, dass das Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt?

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**5 Erklärungen zu Nachweisen**

Gewichtung: 0,00%

**5.1 Übersicht über beizufügende Nachweise**

K.O.-Kriterium: Nein

Folgende Nachweise / Angaben / Informationen sind beizufügen:

- Handelsregisterauszug (nicht älter als 3 Monate)
- Versicherungspolice (alternativ schriftliche Erklärung des Versicherers über Bereitschaft zum Abschluss)

**5.2 Handelsregisterauszug**

Gewichtung: 0,00%

**5.2.1 Handelsregisterauszug [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Ja

Ein Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) ist als Anlage beigefügt

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 5.2.2 Wenn Handelsregistrauszug nicht beigefügt

K.O.-Kriterium: Ja

Wenn ein Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) nicht beigefügt ist:  
Wurde ein solcher beantragt, ist der Nachweis über die Beantragung beigefügt und wird dieser unmittelbar nach Vorliegen unaufgefordert über die Nachrichtenfunktion nachgereicht?

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 5.3 Versicherungspolice

Gewichtung: 0,00%

### 5.3.1 Eigenerklärung zur Versicherungspflicht [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Der Bieter / Die Bietergemeinschaft verpflichtet sich mit dieser Erklärung, im Falle der Auftragserteilung, für den Zeitraum seiner Leistungsverpflichtung folgende Versicherungen abzuschließen:

- Personen-, Sach- und Vermögensschaden (Betriebshaftpflicht) mit Deckungssumme von mindestens EUR 1 Mio. pauschal für Personen- und Sachschäden, 2-fach maximiert p.a.

Nachzuweisen ist dies durch die Vorlage der Kopie einer Versicherungspolice alternativ eine Bestätigung eines Versicherungsgebers, dass er im Auftragsfall eine Versicherung mit dem Bieter abschließen wird..

Im Falle der Bietergemeinschaft ist der Nachweis durch jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erbringen.

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 5.3.2 Wenn Eigenerklärung Versicherungspflicht mit nein

K.O.-Kriterium: Ja

Alternativ: Der Bieter/ Die Bietergemeinschaft verpflichtet sich mit dieser Erklärung, im Falle der Auftragserteilung, für den Zeitraum seiner Leistungsverpflichtung folgende Versicherungen abzuschließen:

- Personen-, Sach- und Vermögensschaden (Betriebshaftpflicht) mit Deckungssumme von mindestens 2,0 Mio € pauschal für Personen- und Sachschäden

Nachzuweisen ist dies durch Vorlage einer schriftlichen Erklärung seiner Versicherung, dass eine entsprechende Versicherung im Auftragsfall abgeschlossen wird. Im Falle einer Bietergemeinschaft ist diese Erklärung der Versicherung für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft einzureichen.

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 5.3.3 Versicherungspolice oder Bereitschaftserklärung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Ist die Versicherungspolice oder eine Bereitschaftserklärung des Versicherers zum Nachweis der Eigenerklärung zur Versicherungspflicht als Anlage beigefügt ?

- ☐ *Keine Angabe*  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 6 Verpflichtungserklärung zu qualifizierten Nachunternehmern

Gewichtung: 0,00%

### 6.1 Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer

K.O.-Kriterium: Nein

Sofern der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens (qualifizierter Nachunternehmer) benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers in Anspruch nehmen will. Entsprechende Nachweise sind für den qualifizierten Nachunternehmer in dem Umfang vorzulegen, wie sie für den Bewerber vorzulegen wären.

Außerdem muss der Bewerber durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten Nachunternehmers nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nachunternehmer, die der Bewerber für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

Hierzu werden entsprechende Forblätter zur Verfügung gestellt.

## 6.2 Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Nimmt das Unternehmen zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch (Eignungsleihe) und wurden entsprechende ausgefüllte Formblätter als Anlage bereitgestellt?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 7 Erklärungen zur Technischen Leistungsfähigkeit

Gewichtung: 0,00%

### 7.1 Information zur Technischen Leistungsfähigkeit

K.O.-Kriterium: Nein

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind mit dem Angebot Referenzprojekte anzugeben, die erkennen lassen, dass der Bieter zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistung im Hinblick auf Art und Umfang in der Lage ist.

Der Bieter hat dazu mindestens 1, maximal 5 Referenzprojekte anzugeben, mit denen der Bieter die Erfahrungen und Fachkenntnisse im Durchführen von Reinigungen in den folgenden Bereichen belegt:

- Unterhaltsreinigung
- Glasreinigung
- Sonderreinigung
- Industriereinigung

Mindestanforderung:

In der Summe müssen alle Teilbereiche abgedeckt werden.

Es sind für jeden Teilbereich [mindestens 1 Referenz, maximal 5 Referenzen] nachzuweisen.

Die Erfüllung mehrerer der nachstehend definierten Mindestkriterien mit einer Referenz ist zugelassen. Die Erfüllung einer der nachstehend definierten Mindestkriterien durch Kombination mehrerer Referenzen ist nicht ausreichend.

Kriterien 1 - 6 sind Mindestkriterien welche die Eignung des Bieters nachweisen sollen.

Die Kriterien 7 und 8 werden vom AG mit Punkten bewertet und entscheiden über die Auswahl der Teilnehmer für die erste Angebotsrunde (siehe Verfahrensbrief).

Sollten Sie eine Bietergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind diese Angaben für weitere Mitglieder der Bietergemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen unter "Bietergemeinschaft/Eignungsleihe" anzugeben.

### 7.2 Referenzen Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft

Gewichtung: 0,00%

#### 7.2.1 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

##### 7.2.1.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

##### 7.2.1.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

##### 7.2.1.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.  
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.2.1.4 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

Kriterium 1: Reinigung einer Gesamtfläche von mindestens 25.000 qm.  
Kriterium 2: Glasreinigung mit mindestens 2.000 qm Gesamtfläche mehrmals pro Jahr.  
Kriterium 3: Durchführen von Sonderreinigungen  
Kriterium 4: Durchführen von Industriereinigung (z.B. von Werkstatt-Hallen)  
Kriterium 5: Leistungsorientierte Reinigung in Anlehnung an die DIN 13549 und DIN ISO 2859 oder einem vergleichbaren System unter Anwendung verschiedener Qualitätslevel und Fehlerdefinitionen  
Kriterium 6: Auftragsdauer mindestens 24 Monate ohne Unterbrechung

☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 7.2.1.5 Kriterium 7 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Bodenfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

#### 7.2.1.6 Kriterium 8 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Glasfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

### 7.2.2 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 2

Gewichtung: 0,00%

#### 7.2.2.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.2.2.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.2.2.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.  
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.2.2.4 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

Kriterium 1: Reinigung einer Gesamtfläche von mindestens 25.000 qm.  
Kriterium 2: Glasreinigung mit mindestens 2.000 qm Gesamtfläche mehrmals pro Jahr.  
Kriterium 3: Durchführen von Sonderreinigungen  
Kriterium 4: Durchführen von Industriereinigung (z.B. von Werkstatt-Hallen)  
Kriterium 5: Leistungsorientierte Reinigung in Anlehnung an die DIN 13549 und DIN ISO 2859 oder einem vergleichbaren System unter Anwendung verschiedener Qualitätslevel und Fehlerdefinitionen  
Kriterium 6: Auftragsdauer mindestens 24 Monate ohne Unterbrechung

☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 7.2.2.5 Kriterium 7 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Bodenfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

#### 7.2.2.6 Kriterium 8 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Glasfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

### 7.2.3 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 3

Gewichtung: 0,00%

#### 7.2.3.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.2.3.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.2.3.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.2.3.4 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

Kriterium 1: Reinigung einer Gesamtfläche von mindestens 25.000 qm.  
Kriterium 2: Glasreinigung mit mindestens 2.000 qm Gesamtfläche mehrmals pro Jahr.  
Kriterium 3: Durchführen von Sonderreinigungen  
Kriterium 4: Durchführen von Industriereinigung (z.B. von Werkstatt-Hallen)  
Kriterium 5: Leistungsorientierte Reinigung in Anlehnung an die DIN 13549 und DIN ISO 2859 oder einem vergleichbaren System unter Anwendung verschiedener Qualitätslevel und Fehlerdefinitionen  
Kriterium 6: Auftragsdauer mindestens 24 Monate ohne Unterbrechung

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 7.2.3.5 Kriterium 7 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Bodenfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

#### 7.2.3.6 Kriterium 8 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Glasfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

### 7.2.4 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 4

Gewichtung: 0,00%

#### 7.2.4.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.2.4.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.  
 Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.2.4.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.  
 Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.2.4.4 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

Kriterium 1: Reinigung einer Gesamtfläche von mindestens 25.000 qm.  
 Kriterium 2: Glasreinigung mit mindestens 2.000 qm Gesamtfläche mehrmals pro Jahr.  
 Kriterium 3: Durchführen von Sonderreinigungen  
 Kriterium 4: Durchführen von Industriereinigung (z.B. von Werkstatt-Hallen)  
 Kriterium 5: Leistungsorientierte Reinigung in Anlehnung an die DIN 13549 und DIN ISO 2859 oder einem vergleichbaren System unter Anwendung verschiedener Qualitätslevel und Fehlerdefinitionen  
 Kriterium 6: Auftragsdauer mindestens 24 Monate ohne Unterbrechung

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 7.2.4.5 Kriterium 7 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Bodenfläche an.  
Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

#### 7.2.4.6 Kriterium 8 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Glasfläche an.  
Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

### 7.2.5 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 5

Gewichtung: 0,00%

#### 7.2.5.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.2.5.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.2.5.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.2.5.4 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

Kriterium 1: Reinigung einer Gesamtfläche von mindestens 25.000 qm.

Kriterium 2: Glasreinigung mit mindestens 2.000 qm Gesamtfläche mehrmals pro Jahr.

Kriterium 3: Durchführen von Sonderreinigungen

Kriterium 4: Durchführen von Industriereinigung (z.B. von Werkstatt-Hallen)

Kriterium 5: Leistungsorientierte Reinigung in Anlehnung an die DIN 13549 und DIN ISO 2859 oder einem vergleichbaren System unter Anwendung verschiedener Qualitätslevel und Fehlerdefinitionen

Kriterium 6: Auftragsdauer mindestens 24 Monate ohne Unterbrechung

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 7.2.5.5 Kriterium 7 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Bodenfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

#### 7.2.5.6 Kriterium 8 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Glasfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

### 7.3 Referenzen Bietergemeinschaft /Eignungsleihe

Gewichtung: 0,00%

#### 7.3.1 ggf. Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

##### 7.3.1.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

##### 7.3.1.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.  
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

##### 7.3.1.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.  
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

##### 7.3.1.4 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

Kriterium 1: Reinigung einer Gesamtfläche von mindestens 25.000 qm.  
Kriterium 2: Glasreinigung mit mindestens 2.000 qm Gesamtfläche mehrmals pro Jahr.  
Kriterium 3: Durchführen von Sonderreinigungen  
Kriterium 4: Durchführen von Industriereinigung (z.B. von Werkstatt-Hallen)  
Kriterium 5: Leistungsorientierte Reinigung in Anlehnung an die DIN 13549 und DIN ISO 2859 oder einem vergleichbaren System unter Anwendung verschiedener Qualitätslevel und Fehlerdefinitionen  
Kriterium 6: Auftragsdauer mindestens 24 Monate ohne Unterbrechung

- ☐ ] Keine Angabe  
☐ ] Ja  
☐ ] Nein

Nur eine Antwort wählbar

##### 7.3.1.5 Kriterium 7 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Bodenfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

##### 7.3.1.6 Kriterium 8 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Glasfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

### 7.3.2 ggf. Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 2

Gewichtung: 0,00%

#### 7.3.2.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.3.2.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.3.2.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.3.2.4 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

Kriterium 1: Reinigung einer Gesamtfläche von mindestens 25.000 qm.

Kriterium 2: Glasreinigung mit mindestens 2.000 qm Gesamtfläche mehrmals pro Jahr.

Kriterium 3: Durchführen von Sonderreinigungen

Kriterium 4: Durchführen von Industriereinigung (z.B. von Werkstatt-Hallen)

Kriterium 5: Leistungsorientierte Reinigung in Anlehnung an die DIN 13549 und DIN ISO 2859 oder einem vergleichbaren System unter Anwendung verschiedener Qualitätslevel und Fehlerdefinitionen

Kriterium 6: Auftragsdauer mindestens 24 Monate ohne Unterbrechung

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 7.3.2.5 Kriterium 7 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Bodenfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

#### 7.3.2.6 Kriterium 8 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Glasfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

### 7.3.3 ggf. Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 3

Gewichtung: 0,00%

#### 7.3.3.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.3.3.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.3.3.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.3.3.4 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

Kriterium 1: Reinigung einer Gesamtfläche von mindestens 25.000 qm.

Kriterium 2: Glasreinigung mit mindestens 2.000 qm Gesamtfläche mehrmals pro Jahr.

Kriterium 3: Durchführen von Sonderreinigungen

Kriterium 4: Durchführen von Industriereinigung (z.B. von Werkstatt-Hallen)

Kriterium 5: Leistungsorientierte Reinigung in Anlehnung an die DIN 13549 und DIN ISO 2859 oder einem vergleichbaren System unter Anwendung verschiedener Qualitätslevel und Fehlerdefinitionen

Kriterium 6: Auftragsdauer mindestens 24 Monate ohne Unterbrechung

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 7.3.3.5 Kriterium 7 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Bodenfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

#### 7.3.3.6 Kriterium 8 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Glasfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

#### 7.3.4 ggf. Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 4

Gewichtung: 0,00%

##### 7.3.4.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

##### 7.3.4.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.3.4.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.  
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.3.4.4 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

Kriterium 1: Reinigung einer Gesamtfläche von mindestens 25.000 qm.  
Kriterium 2: Glasreinigung mit mindestens 2.000 qm Gesamtfläche mehrmals pro Jahr.  
Kriterium 3: Durchführen von Sonderreinigungen  
Kriterium 4: Durchführen von Industriereinigung (z.B. von Werkstatt-Hallen)  
Kriterium 5: Leistungsorientierte Reinigung in Anlehnung an die DIN 13549 und DIN ISO 2859 oder einem vergleichbaren System unter Anwendung verschiedener Qualitätslevel und Fehlerdefinitionen  
Kriterium 6: Auftragsdauer mindestens 24 Monate ohne Unterbrechung

[ ] Keine Angabe  
[ ] Ja  
[ ] Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 7.3.4.5 Kriterium 7 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Bodenfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

#### 7.3.4.6 Kriterium 8 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Glasfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

### 7.3.5 ggf. Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 5

Gewichtung: 0,00%

#### 7.3.5.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.3.5.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.3.5.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.  
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.3.5.4 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

Kriterium 1: Reinigung einer Gesamtfläche von mindestens 25.000 qm.

Kriterium 2: Glasreinigung mit mindestens 2.000 qm Gesamtfläche mehrmals pro Jahr.

Kriterium 3: Durchführen von Sonderreinigungen

Kriterium 4: Durchführen von Industriereinigung (z.B. von Werkstatt-Hallen)

Kriterium 5: Leistungsorientierte Reinigung in Anlehnung an die DIN 13549 und DIN ISO 2859 oder einem vergleichbaren System unter Anwendung verschiedener Qualitätslevel und Fehlerdefinitionen

Kriterium 6: Auftragsdauer mindestens 24 Monate ohne Unterbrechung

[ ] Keine Angabe  
[ ] Ja  
[ ] Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 7.3.5.5 Kriterium 7 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Bodenfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

#### 7.3.5.6 Kriterium 8 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Glasfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

### 7.3.6 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

#### 7.3.6.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.3.6.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.3.6.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.3.6.4 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

Kriterium 1: Reinigung einer Gesamtfläche von mindestens 25.000 qm.

Kriterium 2: Glasreinigung mit mindestens 2.000 qm Gesamtfläche mehrmals pro Jahr.

Kriterium 3: Durchführen von Sonderreinigungen

Kriterium 4: Durchführen von Industriereinigung (z.B. von Werkstatt-Hallen)

Kriterium 5: Leistungsorientierte Reinigung in Anlehnung an die DIN 13549 und DIN ISO 2859 oder einem

vergleichbaren System unter Anwendung verschiedener Qualitätslevel und Fehlerdefinitionen  
Kriterium 6: Auftragsdauer mindestens 24 Monate ohne Unterbrechung

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 7.3.6.5 Kriterium 7 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Bodenfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

#### 7.3.6.6 Kriterium 8 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Glasfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

### 7.3.7 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 2

Gewichtung: 0,00%

#### 7.3.7.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.3.7.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.3.7.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.3.7.4 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

Kriterium 1: Reinigung einer Gesamtfläche von mindestens 25.000 qm.

Kriterium 2: Glasreinigung mit mindestens 2.000 qm Gesamtfläche mehrmals pro Jahr.

Kriterium 3: Durchführen von Sonderreinigungen

Kriterium 4: Durchführen von Industriereinigung (z.B. von Werkstatt-Hallen)

Kriterium 5: Leistungsorientierte Reinigung in Anlehnung an die DIN 13549 und DIN ISO 2859 oder einem vergleichbaren System unter Anwendung verschiedener Qualitätslevel und Fehlerdefinitionen

Kriterium 6: Auftragsdauer mindestens 24 Monate ohne Unterbrechung

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

**7.3.7.5 Kriterium 7 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Bodenfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

**7.3.7.6 Kriterium 8 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Glasfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

**7.3.8 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 3**

Gewichtung: 0,00%

**7.3.8.1 Referenzinhaber [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

**7.3.8.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.  
Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

**7.3.8.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.  
Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

**7.3.8.4 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- Kriterium 1: Reinigung einer Gesamtfläche von mindestens 25.000 qm.  
 Kriterium 2: Glasreinigung mit mindestens 2.000 qm Gesamtfläche mehrmals pro Jahr.  
 Kriterium 3: Durchführen von Sonderreinigungen  
 Kriterium 4: Durchführen von Industriereinigung (z.B. von Werkstatt-Hallen)  
 Kriterium 5: Leistungsorientierte Reinigung in Anlehnung an die DIN 13549 und DIN ISO 2859 oder einem vergleichbaren System unter Anwendung verschiedener Qualitätslevel und Fehlerdefinitionen  
 Kriterium 6: Auftragsdauer mindestens 24 Monate ohne Unterbrechung

- [ ] Keine Angabe  
 [ ] Ja  
 [ ] Nein

Nur eine Antwort wählbar

**7.3.8.5 Kriterium 7 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Bodenfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

#### 7.3.8.6 Kriterium 8 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Glasfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

### 7.3.9 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 4

Gewichtung: 0,00%

#### 7.3.9.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.3.9.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.3.9.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.3.9.4 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

Kriterium 1: Reinigung einer Gesamtfläche von mindestens 25.000 qm.

Kriterium 2: Glasreinigung mit mindestens 2.000 qm Gesamtfläche mehrmals pro Jahr.

Kriterium 3: Durchführen von Sonderreinigungen

Kriterium 4: Durchführen von Industriereinigung (z.B. von Werkstatt-Hallen)

Kriterium 5: Leistungsorientierte Reinigung in Anlehnung an die DIN 13549 und DIN ISO 2859 oder einem

vergleichbaren System unter Anwendung verschiedener Qualitätslevel und Fehlerdefinitionen

Kriterium 6: Auftragsdauer mindestens 24 Monate ohne Unterbrechung

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 7.3.9.5 Kriterium 7 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Bodenfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

#### 7.3.9.6 Kriterium 8 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Glasfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

### 7.3.10 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 5

Gewichtung: 0,00%

#### 7.3.10.1 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.3.10.2 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.3.10.3 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022" oder "Juni 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 7.3.10.4 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

Kriterium 1: Reinigung einer Gesamtfläche von mindestens 25.000 qm.

Kriterium 2: Glasreinigung mit mindestens 2.000 qm Gesamtfläche mehrmals pro Jahr.

Kriterium 3: Durchführen von Sonderreinigungen

Kriterium 4: Durchführen von Industriereinigung (z.B. von Werkstatt-Hallen)

Kriterium 5: Leistungsorientierte Reinigung in Anlehnung an die DIN 13549 und DIN ISO 2859 oder einem vergleichbaren System unter Anwendung verschiedener Qualitätslevel und Fehlerdefinitionen

Kriterium 6: Auftragsdauer mindestens 24 Monate ohne Unterbrechung

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 7.3.10.5 Kriterium 7 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Bodenfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

#### 7.3.10.6 Kriterium 8 (Wertung der Mehreignung) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die Fläche (Quadratmeter) der gesamten, gereinigten Glasfläche an.

Wertung entsprechend 2.3.10 im Verfahrensbrief.

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	Arbeitsdatei_LOS3_LV_HD_E dg_Wiebl.xlsx	397,53 KB	xlsx
Dateianlage	Rundschreiben_2022-04-14_BW17_70904_21_Sanktionen. pdf	384,72 KB	pdf
Dateianlage	RS_EU_Sanktion_bmwsb_eigenerklärung.pdf	659,92 KB	pdf